

Die wehrhaften Alten sind die Zukunft der Jungen!

Pressemitteilung

01.07.2013

Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.

Bundeschvorstand
Postfach 01
74355 Bönningheim

www.beitragszahler-rentner.de

Kooperationspartner

Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V.
www.adg-ev.de

Betriebsrentner e.V.
www.betriebsrentner.de

Büro gegen Altersdiskriminierung
www.altersdiskriminierung.de

Herzlichen Glückwunsch

zur Rentenerhöhung um 0,25 Prozent zum 01.07.2013

Parallelsysteme mit unterschiedlichen Rechtsnormen spalten unsere Gesellschaft. Für die **Einen** gilt nicht was für die **Anderen** selbstverständlich ist:

Pensionserhöhung der Landesbeamten Baden-Württemberg	2,65 Prozent
Diätenerhöhung Landtagsabgeordnete Baden-Württemberg	3,21 Prozent.

...und keiner stört sich daran!

Begründung:

Die Systeme sind nicht vergleichbar. Nur bei der Besteuerung der Pensionen und der Nichtbesteuerung der Renten waren die Systeme vergleichbar und widersprachen dem Gleichheitssatz im GG Art.3, mit der Folge eines Alterseinkünftegesetzes, basierend auf falschen Grundannahmen einer Sachverständigenkommission, von deren 6 Mitglieder 5 Beamte waren. Entsprechend wurde der typisierte Pflichtversicherte erfunden, eine fiktive Norm auf den ein Rechenmodell angewendet wird. Der typisierte Pflichtversicherte ist jedoch gar nicht typisch: Er ist ledig, arbeitet 45 Jahre lang und sein Lohn entspricht immer der Beitragsbemessungsgrenze. Das Alterseinkünftegesetz benachteiligt zwei Drittel der deutschen Bevölkerung und gewährt keinen Vertrauensschutz für langjährige Rentner, welcher im Pensionsrecht immer wieder eingefordert wird.

...und keinen interessieren diese Rechtszustände.

Wenn ein gültiges Recht mit dem Gerechtigkeitsempfinden großer Teile der Bevölkerung nicht mehr einhergehen ist die Gesellschaft als soziale Einheit am Ende.

Folge

Das Finanzministerium kürzt die Steuerzuschüsse an die Rentenversicherung bis 2016 um 4,75 Mrd. Euro, obwohl diese Steuergelder **nicht** für die Renten sondern für die durch Gesetz aufzubringenden versicherungsfremden Leistungen stehen, also für Leistungen der Allgemeinheit der Steuerzahler! So entlastet die Politik seine öffentlichen Haushalte zu Lasten der Solidarsysteme. Seit 1957 wurde durch das System von versicherungsfremden Leistungen und nicht ausreichenden Steuerzuschüssen hierfür die Rentenversicherung mit ca. 700 Mrd. Euro belastet.

...und keiner nimmt es zur Kenntnis.

Das Rentenniveau wird bis 2030 auf 43 Prozent abgesenkt. Das betrifft die heutigen Beitragszahler. Gleichzeitig soll die Beitragsbelastung nicht über 22 Prozent steigen. Die dadurch entstehende Rentenlücke muss aber mit ca. 6 Prozent des Einkommens bei Privatversicherungen geschlossen, oder eben Altersarmut in Kauf genommen werden.

...und keiner transportiert diese Wahrheit in der Öffentlichkeit.

Das Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V. ruft deshalb alle Rentenbeitragszahler, Rentenrinnen und Rentner auf:

Empört und wehrt euch mit uns nach dem Grundsatz:

Die Menschen sind nicht alle gleich aber sie haben ein Recht auf gleiche Behandlung!

Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.

Vorstand